

Antrag der Fraktion der CDU

Frühkindliche Bildung für alle ermöglichen – beitragsfreies drittes Kindergartenjahr einführen!

Nach den Ergebnissen der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung ist die Kinderarmut im Land Bremen bundesweit am stärksten gestiegen und liegt doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Hinzu kommt, dass 33,7 % aller Kinder in Bremen im Hartz-IV-Bezug sind. Diese verfestigte Armut zeigt sich in einigen Stadtteilen und Quartieren nicht nur durch materielle Armut, sondern auch durch Perspektivlosigkeit und eine Chancenungleichheit im Bildungssystem sowie auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang kommt einer qualitativ und quantitativ gut ausgestatteten frühkindlichen Bildung eine herausragende Bedeutung zu, um die notwendigen Schlüsselqualifikationen zu erwerben und somit einen signifikanten Beitrag zur Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen, unabhängig von deren soziokulturellen Hintergrund. Der Bildungsgedanke im § 22 Abs. 3 SGB VIII (Sozialgesetzbuch) muss im Kita-Bereich, insbesondere im letzten Kindergartenjahr, im Sinne eines vorschulischen Charakters weiterentwickelt werden, damit sich die Startchancen abgehängter Kinder nachhaltig verbessern. Um gleiche Startvoraussetzungen zu erreichen, muss das letzte Kindergartenjahr perspektivisch verbindlich und damit beitragsfrei werden. Entwickelt werden soll es als vorschulisches Jahr, mit pädagogischen Schwerpunkten. Der Fokus soll dabei vor allem auf das Einüben von sprachlichen Fähigkeiten in der Unterrichtssprache Deutsch liegen, damit die Sprachfertigkeiten vor der Einschulung allen einen erfolgreichen und begabungsgerechten Schulbesuch ermöglichen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, der städtischen Deputation für Kinder und Bildung im zweiten Quartal 2017 ein detailliertes Konzept vorzulegen, welches alle notwendigen Änderungen und Maßnahmen enthält, die perspektivisch bis zum 31. Dezember 2018 umzusetzen sind, um ein verbindliches und kostenfreies letztes Kindergartenjahr ab dem Stichtag 1. August 2019 einzuführen. Bestandteil dieses Konzepts soll ferner insbesondere sein, dass

- a) eine verbindliche und für jeden transparent nachvollziehbare feste Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Kitas und Grundschulen in den Quartieren unserer Stadt flächendeckend weiter systematisiert wird,
- b) bestehende Methoden der individuellen Sprachstandsfeststellung sowie die daran anknüpfenden Fördermaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls optimiert werden, um hierdurch frühestmöglich die notwendigen sprachlichen Voraussetzungen für einen gelingenden Schulbesuch zu schaffen.

Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU